

Jan Skrobanek
**BIBB/DJI-Fachtagung „Neue Jugend?
Neue Ausbildung?
„Beiträge aus der Jugend- und Bil-
dungsforschung“
am 28./29.10.2009 in Bonn**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich begrüße Sie recht herzlich hier im Gustav-Stresemann-Institut und bedanke mich, dass Sie so zahlreich an dieser zweitägigen Tagung teilnehmen.

Alleine schon die Tatsache der starken Nachfrage der Tagung und des Zustandekommens dieser sach- und fachkundigen Runde macht deutlich, dass das Thema „Neue Jugend? Neue Ausbildung?“ und vor allem der Versuch einer engen Verzahnung von Jugend- und Berufsbildungsforschung an fachpolitischer wie auch sozialwissenschaftlicher Bedeutung gewinnt. Noch vor wenigen Jahren wäre es schwer denkbar gewesen, eine solche Runde von Expertinnen und Experten für eine Tagung zusammenzuführen, die sich mit der Agenda einer *genuin Jugend- und Berufsforschung integrierenden Problemdiskussion* befasst hätte. Zu sehr wurden über eine lange Zeit hinweg Jugend- und Berufsbildungsforschung getrennt behandelt, Forschungsfragen aus den eher engen fachspezifischen Fokusse und Fragestellungen heraus betrachtet und im Sinne der jeweiligen Eigenlogiken der Fachdisziplinen definiert.

Dabei war es keineswegs so, dass das Bundesinstitut für Berufsbildung nie an Jugendforschung und das Deutsche Jugendinstitut nie an Berufsbildungsforschung interessiert gewesen wäre. Allein die Tatsache eines schon seit Jahren stattfindenden intensiven Austauschs zwischen dem Deutschen Jugendinstitut – und hier insbesondere des Forschungsschwerpunkts Übergänge in Arbeit – und des Arbeitsbereiches 2.1 "Berufsbildungsangebot und -nachfrage / Bildungsbeteiligung" des Bundesinstituts für Berufsbildung belegt, dass seit längerem in diese Richtung gedacht und gehandelt wird. Es ist durchaus erwähnenswert, dass der erste intensive Austausch zum Thema Jugend, Ausbildung und Arbeit im BIBB im März 2007 stattfand. Dort wurde die Idee geboren, weitaus stärker an der Verzahnung der Forschungsergebnisse zu arbeiten und beide Fachdisziplinen integrierende Fragestellungen zu entwickeln. Dank der Beharrlichkeit und Initiative des Bundesinstituts für Berufsbildung allgemein und der Kolleginnen und Kollegen vom BIBB im Besonderen wäre die Tagung nicht in dieser anspruchsvollen und viel versprechenden Form zustande gekommen. Dafür möchte ich dem BIBB und vor allem den Kolleginnen und Kollegen die die Tagung organisiert haben herzlich danken!

Wo steht das DJI heute mit Blick auf die Themen- bzw. Fragestellungen der Tagung? Der Themenkomplex „Jugend, Berufsausbildung, Erwerbsarbeit“ wurde ein Schwerpunkt der Arbeit des Deutschen Jugendinstituts, spätestens, seit Mitte der 70-er Jahre die Kommission zur Erstellung des 4. Jugendberichts (BMFSFJ 1978) die Situation arbeitender Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema hatte. Im Fokus des Jugendberichts standen „Sozialisationsprobleme der arbeitenden Jugend in der Bundesrepublik Deutschland – Konsequenzen für Jugendhilfe und Jugendpolitik“.



Dieser Jugendbericht hatte es in sich. Zunächst zerstritt sich die Kommission an der These, dass das bestehende Abhängigkeitsverhältnis – begründet durch die Ungleichverteilung von Einflusschancen – zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dem Prinzip des „mündigen Bürgers“ – in diesem Falle des mündigen Jugendlichen – widerspräche. So kam ein Teil der Kommission zu dem Schluss, dass allein die Kenntnis und das Geltendmachen der eigenen Rechtsposition nicht ausreicht, dass ein junger Arbeitnehmer seinen Interessenstandpunkt selbstbewusst vertritt, wie das im Ziel der „Mündigkeit“ implizit unterstellt ist. Der mündige (jugendliche) Ausbildungs- oder Arbeitnehmer sei wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass er sich nicht unreflektiert in die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse schickt und ihnen anpasst, sondern sich selbstbewusst als handelndes Subjekt der sozialen Beziehung bestätigt (S.12).

Folie 2

„Er muss individuell fähig sein, seinen spezifischen gesellschaftlichen Standpunkt zu erkennen, und er muss sozial mächtig genug sein, seinen spezifischen gesellschaftlichen Standpunkt zur Geltung zu bringen, also nach eigenverantwortlichem Ermessen an der Gestaltung und Umgestaltung der Gesellschaft teilnehmen.“ (Bericht der Sachverständigenkommission 1978: 12)

Dafür, so die Kommission weiter, sei es unabdingbar, dass der Jugendliche seine eigene soziale Lage *kritisch* auf die strukturellen Grundzüge des Gesellschaftssystems reflektiert und in diesen Verhältnissen die Bedingungen bzw. Ursachen seiner gesellschaftlichen Identität erkennt.

Genau an diesem Punkt – der Konstatierung eines kritisch-reflexiven Bewusstseins – entzweite sich die Kommission und brach auseinander.

Interessant war dann schließlich die Reaktion der Bundesregierung. Sie stellte sich auf die Seite derer, die aus der Kommission aufgrund der Ablehnung dieser Idee eines kritisch reflexiven Bewusstseins bei jungen Auszubildenden und Arbeitnehmern ausgetreten waren.

Zudem blendete die Stellungnahme der Bundesregierung die Frage der persönlichen und gesellschaftlichen beruflichen Identität von Jugendlichen, deren Prägung durch die Abhängigkeitsverhältnisse in Ausbildung und Arbeit und die daraus resultierenden Wirkungen für das gesellschaftliche Handeln der Jugendlichen komplett aus. Diese erste Phase könnte man paradigmatisch als **Phase der Reflexion gesellschaftlicher Konstitutionsbedingungen ausbildungs- und berufsbezogener Identitäten** bezeichnen.

Diese gesellschaftlich reflexive Grundstimmung verblasste in den Folgejahren. Die Frage der beruflichen Identität von Jugendlichen und deren Rolle bei den Übergängen von der Schule in die Ausbildung oder Arbeit blieben jedoch – wenn auch nur marginalisiert – in den Folgejahren Teil der Forschungen am DJI. In dieser zweiten Phase – man könnte sie paradigmatisch die **Phase der Adressatenforschung** nennen – ging es insbesondere um Programme der Jugendsozialarbeit, die ihren Fokus verstärkt auf sozial und institutionell benachteiligte Jugendliche richtete. Ziel der Forschung war hierbei insbesondere, die Angebote der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit als Ganzes ins Auge zu fassen. Hierbei sollten die grundsätzlichen Strukturen herausgestellt und gefragt werden, welchen Beitrag sie zur Lösung von Jugendproblemen leisten, ermöglichen oder behindern.

1985 wurde die Befassung mit diesen Themen in einer eigenen Abteilung "Jugend und Arbeit" institutionalisiert. Durch die Zusammenarbeit mit dem Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (an der LMU) und durch eine enge Kooperation mit der Sozialforschungsstelle Dortmund entwickelte sich ein Forschungsstrang, in dem sich jugendsoziologische und industriesoziologische Perspektiven verbanden. Den Endpunkt dieser Entwicklung bildete am DJI eine (qualitative) Paneluntersuchung, die den Vergleich der Verläufe des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben zwischen den Städten München und Duisburg zum Gegenstand hatte.

Mit der Etablierung des Forschungsschwerpunktes „Übergänge in Arbeit“ begann dann die dritte Phase – man könnte sie als **Phase der qualitativen und quantitativen längsschnittlich orientierten Übergangsforschung** bezeichnen – der Untersuchung der Ursachen und Wirkungen gelingender oder misslingender Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf, die bis heute anhält. Die Programmatik des Forschungsschwerpunktes lautete, die Lebensverläufe von Jugendlichen auf dem Weg von der Schule ins Arbeitsleben zu untersuchen, und dabei sowohl die Institutionen und Lernarrangements, durch die diese Wege verlaufen, als auch die Politiken, durch die diese Wege gestaltet werden, einzubeziehen.

Standen anfangs qualitative Längsschnittuntersuchungen im Mittelpunkt entwickelten sich daraus Paneluntersuchungen – wie beispielsweise das DJI Übergangspanel – zu den Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsbiografien von Absolventinnen und Absolventen der Hauptschule.

Um die Kontext- bzw. Randbedingungen gelingender oder misslingender Übergänge zu identifizieren kamen schließlich die Institutionen und Lernarrangements des „Übergangssystems“ (wie es in der Terminologie des Nationalen Bildungsbericht genannt wird) und die Politiken des Übergangs in den Blick. Eine große Zahl von lokalen Fallstudien, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprogrammen durchgeführt wurden, ergaben zudem Erkenntnisse über die Vielfalt lokaler Ausprägungen eines vermeintlich relativ homogenen Übergangssystems und die Bedeutung der lokalen Politikebene für dessen Ausgestaltung.

Kommen wir nach diesem kurzen Exkurs zurück zum Thema der Tagung. Auf was machen unsere bisherigen Forschungsergebnisse aufmerksam? Welche Desiderate zeigen sich?:

Erstens: Auch wenn die Fundamente für das Gelingen und Misslingen von Bildungskarrieren in Deutschland weit vor dem Ende der Sekundarstufe I gelegt werden, erfolgen weitere wichtige Weichenstellungen in der Phase vom Beginn der vorberuflichen Bildung (am Ende der Sekundarstufe I) bis hin zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt. Mit anderen Worten: Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit hat für Jugendliche eine große Bedeutung für das Gelingen, aber auch das Misslingen der beruflichen Integration und damit für die Chancen des Aufbaus einer beruflichen Identität, auf die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit und auf gesellschaftliche Teilhabe generell.

Jugendliche befinden sich heute immer weniger in einer klar strukturierten Statuspassage. Die Zeit ihrer Entwicklung vom Verlassen der Schule bis in die Erwerbsarbeit hat an Konturen verloren. Die ausbildungs- und berufsbezogenen Aspekte der Jugendphase haben sich entstrukturiert. D.h. was bisher als Königsweg beruflicher Integration galt: Schulbesuch – Ausbildung – Beruf hat sich aufgelöst. Ausbildungsprozesse und die berufliche Integration sind häufig noch nicht am Ende des dritten Lebensjahrzehnts realisiert und eine Integration in den Arbeitsmarkt wird immer schwieriger. Die Jugendarbeitslosenquote steigt seit Anfang der 1990-er Jahre nahezu kontinuierlich und die Schere zwischen allgemeiner Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit öffnet sich immer weiter.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es überraschend, wie wenig wir – trotz der kontroversen Debatten – über die Effekte der Art des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Arbeit für das Gelingen und Misslingen der beruflichen Integration wissen. Welche Studien geben denn bisher Auskunft, ob und wie institutionelle Rahmenbedingungen, die (fehlende) Qualität von Lernarrangements, Diskriminierung, Stigmatisierung und biografische Prozesse bzw. deren individuelle und gesellschaftliche Deutung ineinander greifen? Wo können wir Lernen, was es für Jugendliche heißt ausbildungs- oder arbeitslos, vorübergehend, wiederholt oder dauerhaft von der Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum ausgeschlossen zu sein. Welche Interpretationen und Deutungen benutzen Jugendliche für die gesellschaftliche Realität mit der sie immer häufiger konfrontiert werden? Wo decken sie sich mit den Interpretationsfolien und Deutungsangeboten der Erwachsenenwelt, wo klaffen sie auseinander?

Zweitens: Wenn die These der hohen Relevanz der Phase des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben für individuelle Lebensverläufe und gesellschaftlichen Zusammenhalt zutrifft, dann müssen wir konstatieren, dass uns tatsächlich ein nur unzureichendes Wissen über die Mechanismen der Angebote im Übergang von der Schule in den Beruf allgemein und über die Wirksamkeit von Förder- und Unterstützungsangeboten im Speziellen zur Verfügung steht. Im Grunde monieren wir immer öfter, und das mit einem immer lauter werdenden Unterton der Unzufriedenheit, dass Unterstützungsangebote mäandern, eine große Zahl von Angeboten weniger die Hilfe sondern eher die Unübersichtlichkeit verstärken und für Teilbereiche zuständige Akteure zunehmend unkoordiniert und in verdeckter oder teilweise offener Konkurrenz nebeneinander agieren.

Dass wir über diese Zusammenhänge zu wenig wissen, liegt darin begründet, dass auch Forschung zumeist entlang dieser partikularen Zuständigkeiten organisiert ist: Sie befasst sich dann entweder mit der allgemeinbildenden Schule, oder der berufsbildenden Schule, oder der betrieblichen Berufsausbildung, oder den sozialpädagogischen Hilfen, oder mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen usw. Die zwischen diesen Bereichen bestehenden Widersprüche und Verknüpfungen, die Jugendliche auf ihrem Weg von der Schule in Ausbildung und Arbeit biografisch bewältigen müssen, bleiben weithin unterbelichtet.

Drittens: Wenn es zutreffend ist, dass die „Institutionellen Geländer“ einer standardisierten „Normaljugend“ im Übergang von der Schule in den Beruf wegbrechen, sind junge Menschen in zunehmenden Maße dazu angehalten, biografisch folgenreiche Entscheidungen selbsttätig zu treffen und Übergangsprozesse mit ungewissem Ausgang immer häufiger selbstständig zu gestalten. In Zeiten des „flexiblen Menschen“ (Sennett) oder des neuen „Arbeitskraftunternehmers“ (Pongratz) können sie kaum noch auf Erfahrungswissen älterer Generationen zurückgreifen, selbst wenn diese Entwertung durch die existierenden Institutionen und deren Agenten über längere Zeiträume kaschiert werden kann. Zudem verkennen Institutionen und deren Agenten häufig, dass jugendtypische Lebens- und Bewältigungsmuster letztlich die „modernsten“ Antworten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen darstellen, wie auch immer man diese vor dem Hintergrund früherer Sozialisationserfahrungen deutet und bewertet.

Viertens: Und schließlich wird Jugend in ihren möglichen Funktionen für die Gesellschaft zunehmend aus einer vereinfachenden instrumentellen Sicht heraus thematisiert: als „Garantin der Zukunft“, als „Hoffnungsträgerin“, als „Motor von Wandel und Innovation“ oder aber, wenn sie solcherlei Erwartungen widerspricht, als Problem. Jugend ist mittlerweile ein knappes Gut – als rarer Nachwuchs für hochtechnisierte Arbeitsplätze, Einzahler in die Rentenkassen oder als Innovationsmotor für eine sich in einer der bisher schwersten Wirtschaftskrisen befindenden Gesellschaft – und dieses Problem wird sich in Zukunft noch verschärfen. Ein Abweichen von diesen Funktionserfordernissen erscheint sofort als Integrationsproblem am Arbeitsmarkt und als „sozialer Gefahrenherd“. Diese Debatte verkennt, dass Jugendliche Akteure ihrer eigenen Biografie und keine kulturellen Deppen sind, die ausschließlich darauf erpicht sind, die Funktionserfordernisse einer vordefinierten Gesellschaft zu erfüllen, zumal wenn sie sich in einer Krise befindet. Sie wollen Subjekte ihrer Lebenszusammenhänge sein, wollen ihr Leben gestalten und genau so wie andere darüber entscheiden, welche Wege sie gehen. Das schließt Überraschungen, Verwirrungen und Krisenexperimente ein.

Genau hier schließt sich der Kreis: Jugendliche können nur gestalten, sich beteiligen und wirken, wenn sie die gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen ihres Lebens erkennen, wenn sie über diejenigen Ressourcen verfügen, die sie eigenverantwortlich handlungs- und gestaltungsfähig werden lassen.

„Neue Jugend“? „Neue Ausbildung“?: Die Herausforderungen, über die wir in diesem Themenfeld reden, sind vielfältiger und vieldimensionaler Natur. Ich denke, die Tagung trifft den Nerv der Zeit, sie stellt sich einer der Kernfragen gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Frage – wie es Lockwood formuliert hat – nach der sozialen Integration nachwachsender Generationen. Diese Diskussion, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist überfällig!

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Tagung **„Neue Jugend? Neue Ausbildung?“** viel Vergnügen.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Jan Skrobanek

Leiter des Forschungsschwerpunkts „Übergänge im Jugendalter“

DJI Halle/München

skrobanek@dji.de